

XXII. GP.-NR

2667 J

15. Feb. 2005

Anfrage

Der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser und GenossInnen
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Schließung Tiroler Bezirksgerichte**

Laut Berichten der "Tiroler Krone" vom 9., 10. und 11.2. 2005 besteht seitens des Justizministeriums erneut die Absicht, mehrere Tiroler Bezirksgerichte ersatzlos zu schließen. Angeblich sollen die wichtigen BG-Standorte Hall, Telfs, Landeck, Reutte, Silz und Zell am Ziller zugesperrt werden.

Schon bald nach Regierungsantritt der FPÖ-ÖVP Regierung sollte eine Reihe von Bezirksgerichten in Tirol aufgelassen werden, nach heftigen Protesten beschränkte man sich dann auf zwei Schließungen.

Welches Konzept hinter dieser Zusperrpolitik steht, ist leicht erkennbar: Den Zugang zum Recht erschweren, ländliche Regionen schwächen und Kosten für den Rechtsstaat einsparen, um Großkonzerne von Steuern entlasten und teure Kampjets kaufen zu können. Dass sich eine Justizministerin diesen Vorgaben eines Finanzministers beugt, ist schwer verständlich!

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage:

1. Welche Tiroler Bezirksgerichte werden 2005 und welche 2006 geschlossen?
2. Welche neuen Zahlen oder Fakten haben sich seit 2001 ergeben, sodass eine Schließung von Tiroler Bezirksgerichten nun gerechtfertigt wäre?
3. Was sind die Gründe für die Schließungen?
4. Wie viele MitarbeiterInnen sind an diesen Gerichtsstandorten betroffen?
5. Wenn Sie zu Frage 1 keine konkrete Antwort geben können – bei welchen Gerichtsstandorten in Tirol kann eine Schließung mit Sicherheit ausgeschlossen werden?
6. Welche Tiroler Bezirksgerichte wurden seit dem Jahr 1990 saniert und/oder erweitert?
7. Welche finanziellen Aufwendungen waren für diese Sanierungen/Erweiterungen im einzelnen erforderlich (bitte um eine möglichst detaillierte Aufstellung)?
8. Wie viele EinwohnerInnen gehören jeweils zum Sprengel der derzeit bestehenden Tiroler Gerichtsstandorte?

